

Kommunales Jugendparlament und Vorstossrecht für Jugendliche sowie Migranten

Grundsätzlich begrüsse ich die Aktivitäten des Vereins FAIR Wil sehr. Ich gehe davon aus, dass Politabstinz bei Personen unter 30 Jahren und bei solchen mit Migrationshintergrund besonders verbreitet ist. Die politische Partizipation dieser Bevölkerungsgruppen muss dringend gefördert werden, um die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Alleine mit der Schaffung neuer Partizipationsmöglichkeiten lässt sich das Problem aber nicht lösen. Es muss auch das Interesse und die Kompetenz gefördert werden, diese Möglichkeiten zu nutzen. Organisationen wie FAIR Wil, aber auch Schulen, können viel dazu beitragen.

Ein erweitertes Vorstossrecht für Migranten und Jugendliche halte ich für prüfenswert. Mit dem Petitionsrecht gibt es bereits ein Vorstossrecht, das auch Jugendlichen und Migranten offensteht. Petitionen sind jedoch „zahnlos“ und führen selten zu einem konkreten Ergebnis. Sofern es juristisch möglich ist, den Personen ohne Stimmrecht ein „verbindliches“ Vorstossrecht zu gewähren, befürworte ich dies.

Eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre und die Einführung des Ausländerstimmrechts würde ich hingegen nicht unterstützen. Die Anzahl Personen, welche ihr Stimmrecht nicht wahrnehmen bzw. anfällig für Manipulation sind, würde sich weiter erhöhen. Ich sehe die Gewährung des Stimmrechts nicht als Mittel zur politischen Bildung bzw. Integration, sondern als deren Ziel.

Über ein Jugendparlament wurde auch im Vorstand der Jungen Grünen verschiedentlich diskutiert. Zurzeit wird die neue Gemeindeordnung der Stadt Wil erarbeitet. Der Vertreter von GRÜNE prowil im Beirat hat den Auftrag, die Idee eines Jugendparlamentes einzubringen. Es gilt jedoch zu vermeiden, dass ein Alibi-Konstrukt geschaffen wird. Es gibt viele Jugendparlamente, die privatrechtlich organisiert sind und faktisch keine Einflussmöglichkeiten haben, was zu Frustration bei den beteiligten Jugendlichen führt. Sie gelangen zur Auffassung, dass politisches Engagement nichts bringt. Dann wirkt das Jugendparlament kontraproduktiv. Wenn Wil ein Jugendparlament einführt, dann sollte es öffentlich-rechtlich organisiert, d.h. in der Gemeindeordnung verankert sein und über effektive Kompetenzen sowie ein Budget verfügen.

Sebastian Koller,
Stadtparlamentarier Junge Grüne

Weitere Informationen zur Petition unter www.fairwil.ch